

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Warum die Sozialdemokraten nach wie vor für eine politische Lösung des Bosnien-Konflikts eintreten, begründet Dr. Eberhard Brecht MdB

Seite 1

Impressionen von einer Grenze, die bald auch bei uns Realität sein kann, vermittelt die Vorsitzende der deutsch-mexikanischen Parlamentariergruppe, Marglita Terborg MdB

Seite 2

Die Verbraucherberatung in Not sehen Lilli Blunck MdB und Horst Sommerfeld MdL

Seite 3

Gegen den harten Widerstand der Konservativen plädiert Hermann Bachmaler MdB für ein modernes Umweltstrafrecht.

Seite 6

49. Jahrgang / 41

1. März 1994

Militärischen Zwang nur sparsam einsetzen

Die Sozialdemokraten treten nach wie vor für eine politische Lösung des Bosnien-Konfliktes ein

Von Dr. Eberhard Brecht MdB

Stellvertretender außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Vorsitzender des UNO-Unterausschusses des Deutschen Bundestages

Der Abschub von vier serbischen Militärmaschinen in Nord-Bosnien ist legitim. Wir Sozialdemokraten stehen hinter der UNO-Resolution 816 vom 12. April 1992 und dem Auftrag der UNO an die Nato zur Durchsetzung des Flugverbots über Bosnien.

Anhaltspunkte für eine Kritik am Einsatz der amerikanischen Kampflugzeuge ergeben sich aus der augenblicklichen Informationslage nicht, außerdem sind die Überwachungsflüge der Nato rechtlich und politisch abgesichert. Die serbischen Flugzeuge wurden höchst wahrscheinlich nach einem Angriff auf die moslemische Stadt Novi Travnik gestellt. Der Aufforderung nach sofortiger Landung sind sie nicht nachgekommen, trotz der Androhung, daß andernfalls auf sie das Feuer eröffnet würde. Unsere Kritik richtet sich gegen die Rechtsbrächer, nicht gegen die, die legitimerweise den Rechtsverstoß ahnden.

Wir Sozialdemokraten treten nach wie vor für eine politische Lösung des Konflikts in Bosnien ein. Militärische Zwangsmaßnahmen können und sollten, wenn unvermeidlich, nur sparsam eingesetzt werden, um den Konfliktparteien glaubhaft vor Augen zu führen, daß die internationale Gemeinschaft eine rein militärische "Lösung" des Konflikts nicht zuläßt.

(-/1. März 1994/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2.b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtt.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Eine Grenze, die bald auch bei uns Realität sein kann
Impressionen von einer Stadt im Norden Mexikos

Von Margitta Terborg MdB
Vorsitzende der deutsch-mexikanischen Parlamentariergruppe

Tijuana - Nein, eine schöne Stadt ist sie nicht. Dazu ist sie viel zu jung und viel zu schnell gewachsen. Gerade 104 Jahre alt und jetzt 1,1 Millionen offiziell gezählte Einwohner. Die selbst glauben der Statistik nicht und argwöhnen, es seien mindestens doppelt so viele, die Zentralregierung in Mexiko-City wolle sie nur um staatliche Zuschüsse betrügen. Aber: eine junge dynamische Mannschaft im Rathaus bringt neuen Schwung nach Tijuana. Die Stadt steht in Opposition zur ansonsten allmächtigen Staatspartei PRD, sie ist von der christdemokratischen PAN regiert, ist aber auch mit dieser unzufrieden. Die in Mexiko-City sind alle miteinander verfilzt, sagen die Leute und sind zu allererst mal Tijuanaer. Lange Schlangen bilden sich im Hof des Rathauses. Der Gemeindesteuer-Termin ist fällig. Ich habe selten so geduckte, ja fröhliche, Steuerzahler gesehen.

Tijuana ist aber auch für viele Hunderttausende Mexikaner und Zentral- beziehungsweise Südamerikaner das Sprungbrett in die USA. Hier schöpfen die Armutswanderer noch einmal Luft, um dann im Wettlauf mit der nordamerikanischen Grenzpolizei das gelobte Land, die Vereinigten Staaten, zu erreichen. Es wird ihnen schwer gemacht. Der leicht zu durchschneidende Drahtzaun ist einer Blechwand gewichen. Eine Fluchtlinie erhält des Nachts das Grenzgelände. Hubschrauber kreisen Tag und Nacht, Streifenwagen und Infrarotgeräte werden eingesetzt, um die "illegalen" (so die USA) wie die Hasen zu jagen. Für die Mexikaner sind es "undokumentierte Personen", denen man das Recht der Freizügigkeit verweigert. In weißer Farbe haben sie an die Blechwand "Welcome at the new Berlin wall" gemalt, willkommen an der neuen Berliner Mauer.

"Illegale" sind den Schleppern ausgeliefert

Gespensische Szenen spielen sich im Grenzgebiet ab. Schlepperbanden, sogenannte "Coyoten" dirigieren die Fluchtwellen. Der "Tarif" 100-300 Dollar pro Kopf für den "einfachen" Grenzübergang, 2.000-3.000 Dollar für die komfortablere Einschleusung aus Zentralamerika per Flugzeug, über die Grenze zu Fuß und dann per LKW oder Wagen nach Los Angeles, wo die illegalen relativ sicher vor den US-Behörden sind. Coyoten, das sagt schon ihr Name, kann man nicht trauen. Nicht selten endet die Flucht direkt in den Armen der US-Polizei, die Flüchtenden irren unmittelbar hinter der Grenze alleingelassen im Feld herum. Die "Hasenjagd" ist eröffnet. Von Mord, von Raub, von Vergewaltigungen berichten die Ärmsten der Armen, wenn sie sich statt in den USA, in Mexiko wiederfinden, Haft, erkennungsdienstliche Behandlung und Deportation inklusive.

Im Tijuanaer "Casa del Migrante" bekommen die Abgewiesenen für kurze Zeit eine Unterkunft. Hier werden sie über die reale Lage in den USA informiert und über die Möglichkeiten in Mexiko beraten. Allerdings: Es sind immer nur etwas über 200, die beherbergt werden können, 200 von Tausenden, 40 Prozent geben den Traum vom gelobten Land auf, die anderen versuchen es wieder und wieder. Der "Rekord" liegt beim zwölften, geglückten Versuch. Die "Casa del Migrante" ist die Stiftung eines italienischen Ordens, sie wird weder vom Staat noch von der Stadt unterstützt und lebt allein von Spenden besser betuchter Tijuanaer und dankbarer, in den USA lebenden, Mexikanern. Vier Deutsche arbeiten als Zivildienstleistende in dem Haus. Es ist eine schwere, manchmal fast mutlos stimmende Aufgabe sagen sie, aber sie wollen durchhalten.

Vor wenigen Tagen erst hat sich eine hochschwängere mexikanische Mutter mit letzter Kraft über die Grenzsperrungen geschleppt und auf US-amerikanischem Boden ihr Kind geboren. Es ist nach gültigem Recht damit Bürger der Vereinigten Staaten geworden und könnte, wenn es

volljährig ist, in die USA zurück und seine Familie nachholen. Wie verzweifelt müssen Menschen sein, wenn sie sich an einen solchen Hoffnungstrohalm klammern. Das wird nicht mehr lange möglich sein, eine Gesetzesänderung wird auch diese Chance bald zunichte machen.

Wenn die Menschen keine Arbeit finden, laufen sie der Arbeit nach und keine Grenze wird sie daran hindern. Von dieser Erkenntnis ausgehend, hat man an Mexikos Nordgrenze eine Freihandelszone geschaffen, in der nordamerikanische, aber auch japanische und koreanische Montagewerke und Teile fertigende Industrie angesiedelt wird. Im Raum Tijuana sind es mittlerweile 600 Betriebe mit rund 40.000 Beschäftigten. Die "Maquiladoras" sind häufig richtige Wegwerfbetriebe. Die Teile werden angeliefert, von billigen, sozial ungeschützten Arbeitskräften zusammengefügt und verlassen zollfrei wieder das Werk, zurück an den Auftraggeber. Es ist ein spätkapitalistisches Tummelfeld, die Umweltgesetze werden vielleicht, meist nicht, eingehalten; es greift das Prinzip "Heuern und Feuern". Und wenn sich das mal wieder nicht rechnet, werden die Maschinen abgebaut und Tijuana eine Industriebrache hinterlassen. Durch die NAFTA erhofft man sich in der Stadt eine Aufwertung der "Maquiladoras". Jetzt dürfen sie unter bestimmten Bedingungen auch für den mexikanischen Markt arbeiten. Der Vorteil: Stetige Produktion, der Nachteil: immer noch billige und sozial ungeschützte Arbeitsverhältnisse.

Ich besuche einen Industriepark, mit norwegisch-mexikanischem Kapital errichtet. Das ist die zweite Generation der "Maquiladoras". Die Firma verleast die Industriegebäude, die Produzenten schließen Mietverträge von drei bis fünf Jahren, mit dreimonatiger Kündigung zum Vertragsende. Die Fabrikhallen sind freundlich und sauber, Umweltverschmutzung in diesen Ländern kaum zu messen. Die Arbeitsbedingungen sind nicht Sache des Vermieters. Aber, sagt dieser, die Firmen müssen sich jetzt schon anstrengen und Werkswohnungen bauen, denn es gibt bereits ein Überangebot an Arbeitsplätzen in den "Maquiladoras". Das ist der Funken Hoffnung, an dem man sich auch in der Stadtverwaltung Tijuanas wärmt.

Es ist kühler, die Sonne versteckt sich hinter Wolken, der Geldadel Tijuanas diskutiert die Lage. Kann die Chiapas-Krise auf Dauer beigelegt werden? Urteil: Sie kann. Wird die NAFTA die Geschäfte fördern? Urteil: vermutlich. Werden die Deutschen in Mexiko weiter investieren und die mexikanische Wirtschaft in Deutschland Fuß fassen? Urteil: Beide sollten. Und irgendwo in diesem Augenblick versuchen in der Dämmerung an Dutzenden von Stellen, Hunderte von Menschen den Sprung ins gelobte Land. Tausende in dieser Nacht. Eine Million Jahr für Jahr an der Nordgrenze Mexikos über den 3.000 Kilometer langen streifen, der das Land von den USA trennt.

(-/1. März 1994/rs/fr)

Verbraucherberatung in Not

Dabei wächst der Beratungsbedarf immer deutlicher

Von Lilo Blunck MdB

Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Horst Sommerfeld MdL

Verbraucherpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Die Verbraucherberatung ist in Gefahr, weil die Verbraucherzentralen in Not sind. Druck kommt gleich von mehreren Seiten.

Institutionelle Förderung in der Diskussion

Wie ein Damoklesschwert hängt seit 1992 der Beschluß des Haushaltsausschusses über den Verbraucherzentralen, die Bundesfinanzierung bis 1995 einzustellen. Erste Kürzungen sind erfolgt, die mittelfristige Finanzplanung sieht nur noch 3,8 Millionen DM anstelle der ursprüngli

chen 5,4 Millionen DM vor. Zusätzlich sind zehn Prozent Minderausgaben aufgrund allgemeiner Haushaltskürzungen zu erwarten.

Zwar gibt es Aussagen der Bundesregierung und von Bundesminister Rexrodt, daß die Mittel für die Verbraucherarbeit nicht gekürzt werden sollen. Hierzu laufen gegenwärtig Gespräche mit dem Ziel, den Verbraucherzentralen Mittel für bundesweite Aufgaben, Projekte und Koordination zur Verfügung zu stellen.

Eine Sicherheit jedoch, insbesondere auf Dauer angelegt, gibt es gegenwärtig nicht.

Abbau der Ernährungsberatung

In diese Situation platzte als 'Bombe' der von der FDP initiierte und dann mit der CDU gefaßte Beschluß des Haushaltsausschusses vom Oktober 1993. Danach wurden die ursprünglich mit 7,4 Millionen DM veranschlagten Mittel für die Ernährungsberatung um eine halbe Million sowie ergänzend um eine globale Minderausgabe von zehn Prozent (=700.000 DM) gekürzt. Für die Verbraucherzentralen resultiert daraus eine Verringerung um 700.000 DM gegenüber dem Vorjahresansatz. Für einige Verbraucherzentralen ergibt sich damit die paradoxe Situation, daß die Personalkosten zwar gesichert, die Sachkosten aber gegen Null gefahren werden müssen. Im Saarland konnten Kündigungen gerade noch abgewandt werden. Wie sinnvoll eine Beratung unter diesen Umständen noch sein kann, mag sich jede/r selbst ausmalen.

Noch sehr viel einschneidender ist der Beschluß, wonach die Bundesmittel ab 1995 die Zuschüsse der Länder nicht überschreiten sollen. Angesichts hoher Personalkostenanteile sind diese Kürzungen existenzbedrohend, drastische Einschnitte in der Ernährungsberatung der Verbraucherzentralen unvermeidlich. Entlassungen sind vorprogrammiert. Denn angesichts leerer Kassen ist eine kurzfristige Aufstockung der Landesmittel im erforderlichen Umfang illusorisch. Wenngleich der bisherige Beitrag einer Reihe von Ländern mit Sicherheit ungenügend ist, so gibt es für das Hauruck- und Erpressungsverfahren keinerlei Rechtfertigung.

Hinzu kommt die Tatsache, daß die Mittel für andere Projekte in Höhe von 1,2 Millionen DM, zum Beispiel für Ausstellungen des Landwirtschaftsministeriums auf der Grünen Woche oder für Fortbildungen des AID sowie auch für die zentrale Preiserfassung von den Kürzungen weitgehend unberührt bleiben.

Die Damen und Herren von CDU/FDP und im Landwirtschaftsministerium müssen sich daher den Vorwurf gefallen lassen, daß sie bewußt eine Einschränkung der Ernährungsberatung der Verbraucherzentralen in Kauf nehmen. Damit liegt der Verdacht nahe, daß unliebsame Kritiker mundtot gemacht werden sollen, während die Agrarlobby ungeschoren bleibt.

Die SPD fordert daher eine Sicherung des gegenwärtigen Niveaus der Ernährungsberatung der Verbraucherzentralen und zumindest eine zeitliche Streckung in der Durchführung des Beschlusses des Haushaltsausschusses.

Gesetzliche Absicherung der Verbraucherarbeit

Die anhaltenden Kürzungsdiskussionen unterstreichen die Forderung der SPD nach einer finanziellen Absicherung der Verbraucherberatung. Hierzu muß ein Verbrauchergesetz erlassen werden, das

- Ziele und Aufgaben einer staatlichen Verbraucherpolitik definiert,
- Rahmenbedingungen für die Verbraucherorganisationen bundeseinheitlich formuliert und

- die Finanzierung durch definierte Mittel in Bund, Ländern, gegebenenfalls Kommunen, sowie für die internationale Ebene sicherstellt.

Zur Finanzierung sind auch alternative Quellen wie zum Beispiel für die Umweltberatung zu erschließen.

Verbraucherberatung hat nicht nur Bedeutung unter Verbraucheraspekten. Sie spielt eine zunehmend wichtige Rolle für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Es liegt im Interesse der deutschen Wirtschaft mit ihren hochwertigen Produkten und der seriösen Anbieter, daß Verbraucher und Verbraucherinnen umfassend aufgeklärt werden über Qualität sowie ökologische und soziale Auswirkungen der einzelnen Produkte.

Kommunale Beteiligung stärken

Nordrhein-Westfalen ist zwar mit 50 örtlichen Beratungsstellen und einer Landesförderung von 1,- DM/Einwohner/Jahr unter allen Bundesländern Spitzenreiter in der Verbraucherpolitik, nichts desto trotz gibt es auch hier Finanzprobleme: in etwa 30 Städten werden die örtlichen Verbraucherberatungsstellen nur mit ganz geringen Kommunalbeiträgen unterstützt. Landtag und Landesregierung forderten von diesen Städten endlich eine Angleichung an die 50prozentige Regelfinanzierung, wie sie in anderen Kommunen in NRW längst üblich ist. Angesichts der schwierigen kommunalen Finanzsituation wurden diesen Städten jedoch eine Übergangsfrist bis 1999 zugestanden. Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion letzte Woche noch die Landesregierung aufgefordert, zusätzliche Mittel für die Verbraucherarbeit bereitzustellen.

Die Initiative der SPD-Landtagsfraktion trug Früchte: Zur besseren Absicherung der örtlichen Verbraucherarbeit wurde im neuen Sparkassengesetz vorgeschrieben, daß die Sparkassen sich an der Finanzierung der Schuldnerberatung der Verbraucherzentrale zu beteiligen haben.

Die finanziellen Möglichkeiten des Landes sind damit ausgeschöpft. Jetzt sind vor allen Dingen die Kommunen gefordert, die noch keine 50prozentige Beteiligung an ihren Beratungsstellen erbringen. Auch wenn die kommunale Finanzierungssituation schwierig ist: Was unlängst in den Revierstädten Oberhausen und Duisburg möglich war, müßte auch in anderen Großstädten Nordrhein-Westfalens, zum Beispiel in Köln, gelingen. Gerade in Zeiten zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist für viele Arbeitnehmer eine anbieterunabhängige Verbraucherberatung unverzichtbar. Die Kommunen müssen jetzt die richtigen Prioritäten setzen und funktionsfähige örtliche Verbraucherberatungsstellen erhalten.

(-/1. März 1994/rs/fr)

Ein Plädoyer für ein modernes Umwelt-Strafrecht
Die Konservativen leisten harten Widerstand

Von Hermann Bechmaier MdB
Stellvertretender rechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seit Jahren ist bekannt, daß unser Umweltstrafrecht effizienter ausgestaltet werden muß: Drei Viertel der erfaßten Delikte werden eingestellt. Kommt es zur Bestrafung, so sind die Strafen in aller Regel relativ geringe Geldstrafen. Die wirklich schwarzen Schafe, die um ihres wirtschaftlichen Vorteils den natürlichen Lebensgrundlagen erhebliche Schäden zufügen, werden nur selten gefaßt und angemessen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Neben erheblichen Vollzugsdefiziten liegen diese Mängel auch an den spezifischen Schwächen des geltenden Umweltstrafrechtes.

Der von der SPD-Bundestagsfraktion bereits in der letzten Legislaturperiode eingebrachte Gesetzentwurf nimmt Anregungen aus Praxis und Wissenschaft auf und würde die heute bestehenden Defizite des Umweltstrafrechtes weitgehend beseitigen: Reine Bagatelverstöße würden ins Bußgeldrecht verlagert. Die wirklich schweren und rücksichtslosen Umweltkriminellen hätten mit empfindlichen Strafen bis hin zu Verbrechenstrafen zu rechnen. Die Strafverfolgungsorgane wären endlich in der Lage, sich diesen schweren Fällen der Umweltkriminalität zu widmen und müßten sich nicht wie heute weitgehend der Fall, bei der Verfolgung von Bagatelverstößen verzetteln.

Wir Sozialdemokraten haben außerdem in unserem Entwurf rechtliche Voraussetzungen dafür vorgesehen, daß bei Umweltkriminalität im gewerblichen Bereich endlich auch die wirklich Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können und Verletzungen der Aufsichtspflicht zur Verhinderung von Umweltverschmutzung und Umweltvergiftung endlich ihre entsprechende Ahndung erfahren. Die Straftatbestände wurden in unserem Entwurf einheitlich so ausgestaltet, daß für kriminelle Luft- und Bodenverschmutzung die gleichen strafrechtlichen Voraussetzungen gelten wie für den Grundtatbestand der Gewässerverschmutzung und daß endlich die zu kriminellen Manipulationen buchstäblich einladende Unterscheidung von Abfall und Wirtschaftsgütern beseitigt wird. Darüber hinaus haben wir in unserem Entwurf einen eigenständigen Tatbestand der strafrechtlichen Amtsträgerhaftung für die Fälle vorgesehen, in denen Amtsträger die ihnen zum Schutz der Umwelt obliegenden Pflichten vorsätzlich oder leichtfertig verletzen.

In der abschließenden Beratung des Rechtsausschusses haben die Koalitionstraktionen die von uns vorgeschlagenen Verbesserungen weitestgehend abgelehnt. Statt dessen wurde der Entwurf der Bundesregierung verabschiedet, der die bisherigen Mängel festschreibt und kaum Verbesserungen bringt. Unmittelbar vor Abschluß der Beratungen haben CDU/CSU und FDP den Regierungsentwurf noch weiter aufgeweicht, so daß vor allem bei der kriminellen Luftverschmutzung aus dem industriell-gewerblichen Bereich heraus eine strafrechtliche Haftung nur noch in den seltensten Fällen möglich sein wird. Die bislang schon notleidende Ahndung bei Luftverschmutzung wird zum reinen papierernen Straftatbestand gemacht und allenfalls in eklatanten Katastrophenfällen noch minimale Wirkung zeitigen. Abschreckung geht von einer so noch weiter reduzierten Strafnorm nicht aus.

Unser Vorhaben, daß auch das Strafrecht dafür Sorge trägt, daß sich Umweltverschmutzung und Umweltvergiftung nicht lohnen, ist wieder einmal am harten Widerstand der Konservativen gescheitert.

(-/1. März 1994/rs/tr)
